



Der rote Farbtupfer

Newsletter von Macit Karaahmetoğlu, SPD-Bundestagsabgeordneter für Ludwigsburg



FARBTUPFER AUS DER HAUPTSTADT & DER WELT

KI und Urheberrecht: Es besteht Handlungsbedarf!



Ich war auf dem Podium der Urheberrechtskonferenz der Initiative Urheberrecht mit dem Schwerpunkt Künstliche Intelligenz zusammen mit meinen Kollegen Ansgar Heveling, MdB, CDU, Dr. Thorsten Lieb, MdB, FDP und Awet Tesfaiesus, MdB, Bündnis 90/Die Grünen.

Seit einem Jahr beherrschen ChatGPT und andere Anwendungen generativer KI mit immer neuen Möglichkeiten, Investitionen und Start-ups die Schlagzeilen und politischen Agenden. Die Anwendungen geben einen Vorgeschmack darauf, was KI leisten kann und wie die Technologie unser Leben und Arbeiten heute und in Zukunft bereichern könnte.

Mancherorts ist die anfängliche Euphorie jedoch einer Ernüchterung gewichen. Neben systemischen Risiken wie Diskriminierung oder Fehlinformation bringen Anwendungen der generativen KI massive Umwälzungen für einige Bereiche mit sich - auch für Kunst und Kultur. Als Sozialdemokrat kritisiere ich nicht nur die Bedrohung der beruflichen Existenzen von Kunstschaffenden durch das Handeln der KI-Anbieter.

Ich betrachte auch die Bedeutung, die der freie Zugang zu künstlerischen Werken für uns als Gesellschaft hat - und die fatalen Folgen, die ein möglicher Rückzug von Kunst und Kultur aus dem digitalen Raum haben könnte, wenn das aktuelle Geschäftsmodell der KI-Anbieter fortgesetzt wird.

Es besteht Handlungsbedarf.

Freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie gehen nicht weit genug. Was die vielen Künstler und Kulturschaffenden in Deutschland und Europa brauchen, ist eine gesetzliche Verpflichtung.

Seeheimer Strategie-Papier zur Türkei

Seit den Türkeiwahlen im Mai ist klar: Wir müssen uns weiter mit Präsident Erdogan und seiner unberechenbaren Politik arrangieren. Die aktuelle Debatte um seinen Besuch in Berlin und seine Äußerungen zu Israel haben deutlich gemacht, was dies für eine Herausforderung sein kann.

ABER: Die Türkei ist nicht Erdogan sondern ein wichtiges Partnerland mit sehr spezieller geografischer Lage und großem Einfluss in weiten Teilen dieser Welt. Klar ist: Die Türkei ist wichtig für uns, als Vermittlerin in Krisen, als Wirtschaftsstandort deutscher Unternehmen, aber auch als entscheidendes Transitland für Migration nach Europa.

Zugleich haben wir der Türkei viel zu bieten. Deshalb habe ich federführend für den Seeheimer Kreis ein Strategiepapier geschrieben, das darlegt, wie eine zukunftsorientierte und pragmatische Türkeipolitik Deutschlands auszusehen hat.

Das Papier kann man hier finden: https://www.seeheimer-kreis.de/fileadmin/data/documents/20231119_Seeheim_Strategiepapier_Tuerkei.pdf

Interview im ZDF-Morgenmagazin



Ich war zu Gast im ZDF-Morgenmagazin und habe über die politische Debatte rund um den Besuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan diskutiert. Erdogan war am 17. November in Berlin. Kurz zuvor hatte er Israel als einen Terror-Staat und die Hamas als eine Befreiungsorganisation bezeichnet. Ich hielt den Besuch in Deutschland trotz

dieser völlig inakzeptablen Äußerungen für unumgänglich. In der Außenpolitik muss man eben auch mit Menschen reden, mit denen man im normalen Leben nichts zu tun haben möchte. Hier geht's zu dem vollständigen Video:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/erdogan-besuch-deutschland-kritik-israel-hamas-100.html>.

CDU-Kritik an geplanter Reform des Staatsangehörigkeitsrechts: Die einst seriöse Volkspartei versaut sich ihren Ruf

Die Bundesregierung will das Staatsangehörigkeitsrecht reformieren. Unter anderem ist vorgesehen, die Wartezeiten auf eine Einbürgerung um wenige Jahre zu verkürzen. In Fällen außergewöhnlicher Integrationserfolge soll es sogar nach drei Jahren Menschen ermöglicht werden, den deutschen Pass zu erhalten. Die CDU-Führung nutzt jede Chance, diese Pläne als ein „Verramschen“ der deutschen Staatsangehörigkeit fehlzudeuten und heizt so eine völlig unangemessene Neid-Debatte an. Seit dem Angriff der Hamas auf Israel meinen die Herren der Union ein weiteres Argument gegen etwas zügigere Einbürgerungen gefunden zu haben – die Sorge, man könne muslimische Bürger:innen mit antisemitischen Denkmustern zu Deutschen machen.

Linnemann, Merz und Co. können dabei froh sein, bereits Deutsche zu sein. Eine Einbürgerung würde bei dem Maß an Hetze und Unwahrheiten, die sie verbreiten, wohl kaum mehr in Frage kommen. Denn die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sieht ganz klar vor: Antisemitische, rassistische aber eben auch sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen verhindern eine Einbürgerung.

Die CDU nutzt den Ausnahmezustand in Nahost, um gegen ein wichtiges Reformvorhaben zu wettern, das ihre Partei nie gewillt war, durchzuführen. Ja, die Bilder von Menschen auf deutschen Straßen, die die Hamas abfeiern, sind verstörend.

Aber die von ihnen als leicht verfügbare „Expresseinbürgerung“ dargestellte Einbürgerung nach drei Jahren, ist nur als absolute Ausnahmeregelung für Integrationsüberflieger vorgesehen. Hier eine Verbindung zwischen Israel-Hassern und erleichterten Einbürgerungen herzustellen, ist also sachlich falsch, ich würde sogar sagen schändlich. Aber Wahrheiten interessieren die führenden Köpfe der CDU aktuell nicht.

Mit solchem Aktivismus wollen sie wieder einmal nur die Mehrheitsbevölkerung gegen Zugewanderte ausspielen und erhoffen sich davon bessere Umfragewerte als die AfD. Auch in diesem Fall gilt aber: Menschen mit rechter Gesinnung würden immer das Original wählen.

Die einst seriöse Volkspartei CDU versaut sich so lediglich ihren guten Ruf und zeigt, dass sie in der aktuellen Besetzung mit dem ewig gestrigen Gedankengut eigentlich überflüssig ist. Das wird hoffentlich bald auch die treue Stammwählerschaft merken.





FARBTUPFER AUS DEM WAHLKREIS & UMLAND

Online-Petition „zweites Frauenhaus“ unterzeichnet

Der Landkreis Ludwigsburg benötigt dringend ein zweites Frauenhaus. Schön wäre es gewesen, hätte das Bundesfrauen-Ministerium den Förderantrag des Vereins „Frauen für Frauen“ bewilligen können. Der Ablehnungsbescheid, dass muss ich betonen, ist aus dem Ministerium nicht willkürlich ergangen.

Die Jusos haben eine Online-Petition für ein zweites Frauenhaus gestartet. Gerne habe ich diese unterzeichnet. Der Bedarf an Plätzen in Frauenhäusern beläuft sich in Deutschland rechnerisch auf 21.100 – vorhanden sind bisher 6.800. Auf den Landkreis Ludwigsburg heruntergerechnet beträgt der Bedarf 140 Plätze, vorhanden sind im einzigen Ludwigsburger Frauenhaus derzeit 19 Plätze. Rechnet man die durchschnittliche Versorgung in Deutschland auf den Landkreis um, dann wären dies 45 Plätze. Allein in Baden-Württemberg gibt es noch knapp zehn Landkreise ohne ein Frauenhaus.

Wichtig ist, dass alle politische Ebenen in die Finanzierung einsteigen – Städte und Gemeinden, der Landkreis, das Land und am Ende auch der Bund.

Ringten für Völker-Verständigung

Ich war zum 5. Internationalen / 3. Europäischen ABA-

Ringerturnier in Neckarweihingen eingeladen. Bei dem Turnier habe ich auch den Bürgermeister von Aalen, Frederick Brütting, getroffen. Er ist ein guter Freund und Sozialdemokrat.

Der Oberbürgermeister der türkischen Stadt Hatay, Dr. Lütfü Savas, war ebenfalls vor Ort. ABA-Ringen ist ein großartiger Sport mit dem Ziel, die Völkerverständigung zu fördern, Menschen unter einem Dach zu vereinen und so zum Weltfrieden beizutragen.



IMPRESSUM

Macit Karaahmetoğlu, MdB

Wahlkreisbüro Ludwigsburg, Untere Marktstraße 6, 71634 Ludwigsburg
Telefon: 07141-9919755, Mail: macit.karaahmetoglu.wk@bundestag.de